

II-1241 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 676/J

1984-04-11

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Lichal  
und Genossen  
an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten  
betreffend abfällige Äußerungen sozialistischer Spitzen-  
politiker über einen Nachbarstaat.

Im Zusammenhang mit den von der sozialistischen Koalitions-  
regierung im Pensionsrecht der Beamten einzuführen beab-  
sichtigten Ruhensbestimmungen nahmen verschiedene sozialisti-  
sche Spitzenpolitiker zu den von der Gewerkschaft Öffent-  
licher Dienst zur Durchsetzung deren Standpunktes in Erwägung  
gezogenen kollektiven arbeitsrechtlichen Maßnahmen (gemäß  
Artikel 6 Z 4 der Europäischen Sozialcharta bzw. Artikel 8  
Abs. 1 lit. d des Weltsozialpaktes) unüberlegte Stellung.

So prangerten Dr. Heinz Fischer und Karl Blecha in ihrer  
Eigenschaft als stellvertretende Parteivorsitzende der SPÖ  
- laut "Arbeiter-Zeitung" vom 24.3.1984 - diese, von Österreich  
auch völkerrechtlich anerkannten gewerkschaftlichen Kollektivmaß-  
nahmen als "italienische Verhältnisse" bzw. "Italienisierung"  
an.

Ähnlich äußerte sich der Zentralsekretär der SPÖ, Fritz Marsch,  
als er am 30.3.1984 in der TV-Sendung "Zeit im Bild" 1 erklärte,  
"keine italienischen Zustände" zu wollen.

Abgesehen von der unverständlichen Überreaktion der  
genannten sozialistischen Politiker bedeuten ihre verbalen  
Entgleisungen einen nicht zu übersehenden Affront gegenüber  
unserem südlichen Nachbarstaat Italien, dessen Verhältnisse  
in der Öffentlichkeit als negativ (abschreckend) beispielhaft

- 2 -

hingestellt werden. Daß - was noch zu weiterer Verwunderung über diese Äußerungen sozialistischer Politiker Anlaß gibt - an der Spitze der italienischen Regierung ein Sozialist steht, soll in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten folgende

A n f r a g e:

- 1) Wie beurteilen Sie die zitierten Äußerungen Ihrer Gesinnungsgenossen Dr. Heinz Fischer, Karl Blecha und Fritz Marsch im Lichte des außenpolitischen Teiles der Regierungserklärung der sozialistischen Koalitionsregierung, wonach Österreich die Beziehungen zu den Nachbarstaaten besonders pflegen wird?
- 2) Wie beurteilen Sie diese Äußerungen im Lichte des Artikels I Z 2 der Satzung der Vereinten Nationen, wonach eines der Ziele der UNO in der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen besteht?
- 3) Wie beurteilen Sie diese Äußerungen im Lichte des im September 1983 in Madrid unterzeichneten Schlußdokumentes der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, das in seiner Präambel die Entschlossenheit der Teilnehmerstaaten dieser Konferenz zum Ausdruck bringt, Beziehungen der gegenseitigen Zusammenarbeit, der Freundschaft und des Vertrauens zu entwickeln?
- 4) Wie beurteilen Sie diese Äußerungen im Lichte des Artikels 6 Z 4 der Europäischen Sozialcharta und des Artikels 8 Abs. 1 lit. d des Weltsozialpaktes, mit welchen das Recht der Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf kollektive Maßnahmen (einschließlich des Streikrechts) gewährleistet wird?